**Antrag der Fraktion**

**Bündnis 90/Die GRÜNEN im Rat der Stadt Duisburg**

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| **Zur Sitzung:**  | **Sitzungstermin:** | **Behandlung** |
| Rat der Stadt | 25.11.2019 | Entscheidung |

|  |
| --- |
| **Betreff: Änderung des HH-Planentwurfs 2020/2021:** Einstellung einer zusätzlichen Haushaltsposition bei der Beratungsstelle Planen, Bauen und Verkehr (V04) zur Förderung von zusätzlichem kommunalen sozialen Wohnungsbau; |

Mit einem Bilanzansatz von über 406.268.041,58 € bewertet die Stadt Duisburg ihre unbebauten Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte. Darin enthalten ist der Anteil von unbebauten Bau- und Gewerbegrundstücken mit einem Bilanzansatz von über 170 Mio. EUR.
Laut Aussage der Stadtverwaltung werden, gesamtstädtisch betrachtet, in den kommenden zehn Jahren ca. 6.000 Wohnungen die Sozialbindung verlieren. Wenn man dieser Zahl die jährliche Nachfrage nach Sozialwohnungen i.H.v. ca. 3.000 gegenüberstellt, ist abzusehen, dass sich die soziale Schieflage der Stadt sich weiterhin prekarisieren wird.
Diesem Trend gilt es frühzeitig entgegenzuwirken!

Daher fordern wir, Bündnis 90/Die GRÜNEN im Rat der Stadt Duisburg:

Neben der Ausschöpfung aller vorhandenen Möglichkeiten der Förderung des sozialen Wohnungsbaus stellt die Verwaltung jährlich bis zu

**1.000.000 €**

 in den Haushalt ein, um u.a. der Beratungsstelle Planen, Bauen und Verkehr (V-04) oder anderen Einrichtungen die Möglichkeit zu geben, potentiellen Interessent\*innen an Duisburger Grundstücken den Bau von Sozialwohnungen auf dem Duisburger Stadtgebiet zusätzlich zu attraktiveren.